

# Uni soll ohne Leistungsabbau sparen

Die FDP Baselland legt eine Finanzstudie vor und ortet ein Sparpotenzial von 40 Millionen

Von Thomas Dähler

**Liestal.** Die FDP Baselland will bei der Universität Basel mindestens 40 Millionen Franken sparen. Sie beruft sich dabei auf eine Studie des Instituts für Wirtschaftsstudien Basel (IWSB), die sie selber in Auftrag gegeben hat und aus der hervorgeht, dass das Sparpotenzial ohne Leistungsabbau realisiert werden kann. Im Zentrum der Forderungen stehen eine Beschränkung der Studierendenzahl, höhere Studiengebühren für Ausländer und kostendeckende Abgeltungen für Studierende aus den Nicht-Trägerkantonen. Insgesamt soll die Universität Basel durch die Massnahmen gestärkt werden.

«Wir stellen das aktuelle Leistungsangebot der Universität nicht infrage», erklärte Rolf Richterich, Fraktionspräsident der Baselbieter Freisinnigen im Landrat, gestern vor den Medien in Liestal. Die FDP-Fraktion habe «einen mittleren fünfstelligen Betrag» in eine Wirtschaftsstudie investiert und könne damit die Regierung mit sechs Postulaten beauftragen, Finanzmassnahmen zu einer finanziellen Verbesserung der Universitätsrechnung zu prüfen.

## Strukturen überprüfen

Mit einem siebten Postulat regt die FDP Baselland zudem an, dass die Universität ihre Strukturen überprüft. «Bis heute sieht sich die Universität nicht als Unternehmen», sagte Richterich. Mit anderen Strukturen könne es aber möglich werden, dass die Universität innerhalb von Globalbudgets mehr Eigenverantwortung übernimmt.

Das IWSB kommt in der Studie zum Schluss, dass bei der Universität Basel durch Mehrerträge und Einsparungen das Defizit um zwischen 36,6 und 71,1 Millionen Franken vermindert werden könnte. Allein das Potenzial an möglichen zusätzlichen Drittmitteln weist die Studie mit zwischen 22 und 30,8 Millionen Franken aus.

Bei der «nicht klar erkennbaren» Immobilienstrategie weist die Studie ein Optimierungspotenzial von zwischen 4,5 und 18,4 Millionen Franken aus. Zu der enorm stark gestiegenen Zahl ausländischer Studierender steht in der Studie, dass mit höheren Studiengebühren ein Mehrertrag möglich sei. Die Universität Lugano verlange von Ausländern 4000 Franken Semestergebühren. In Basel sind es 850 Franken. Nicht infrage stellt die Studie

das Leistungsangebot und den Kostenteiler zwischen den beiden Trägerkantonen.

Die Landräte Michael Herrmann, Sven Inäbni und Paul Hofer stellten zusammen mit Richterich und Parteipräsidentin Christine Frey vor den Medien die Vorstösse vor, die sie am Donnerstag im Landrat einreichen wollen. Mit den höheren Studiengebühren für Ausländer soll deren Kostendeckungsgrad verbessert und die zahlenmässige Zunahme von 736 Prozent seit 1980 abgebrems werden. Mit einer Beschränkung der Studierendenzahl sollen Planbarkeit und Qualität verbessert werden. Weiter soll der Kostendeckungsgrad des Lehrangebots angehoben werden. Dieser beläuft sich heute bei ausserkantonalen Studierenden lediglich auf 60 Prozent.

## FDP Basel-Stadt reagiert positiv

Mehrerträge sollen für die Universitätsräume generiert werden. Heute belasten hohe Quadratmeterpreise von zwischen 252 und 312 Franken für Mietkosten die Universitätsrechnung. Schliesslich verlangt die FDP Baselland eine stärkere Fokussierung bei der Forschungstätigkeit. Die Baselbieter Regierung soll zudem prüfen, wie die Drittmittel erhöht werden können.

Die Vorstösse zielen auf die Leistungsvereinbarung der Trägerkantone für die Jahre 2018 bis 2021. Dabei möchte die FDP das Restdefizit des Kantons auf 100 bis 120 Millionen Franken jährlich beschränken, was eine Verminderung im Vergleich zu heute von 40 bis 60 Millionen entspräche.

Es seien auch informelle Gespräche mit der FDP Basel-Stadt geführt worden, sagte Richterich. Die Basler Kollegen seien inzwischen auch im Besitz der Studie. Der Basler Parteipräsident Luca Urgese sagte der BaZ, es sei positiv, dass die Diskussion um die Universität auf eine sachliche Ebene verlagert werde. Die analytische Betrachtung werde der Bedeutung der Universität gerecht. Interessant findet Urgese die Vorschläge, die Lasten der Universität gerechter zu verteilen und Mittel, wenn möglich, auch anders zu generieren.

Die LDP Basel-Stadt sieht dies komplett anders: Ohne auf die Studie näher einzugehen, befürchtet die LDP «das Ende der Universität auf bisherigem Niveau». Es sei zynisch und zeuge von Unkenntnis, wenn man wie die FDP sage, die Universität werde so gestärkt.



**Überfüllte Hörsäle.** Die FDP Baselland möchte die Studierendenzahl an der Universität Basel beschränken. Foto Roland Schmid

## Baselland bei der Hochschulbildung auf Platz fünf

**Liestal.** Der Kanton Baselland investiert überdurchschnittlich viel in die Bildung. Mit den finanziellen Aufwendungen für die Hochschulausbildung in der Höhe von 330 Millionen Franken liegt der Kanton Baselland im eidgenössischen Vergleich an fünfter Stelle. Die Globalbeiträge betragen 2015 247 Millionen Franken, wovon 162 Millionen an die Universität Basel flossen. Dabei hat der Trägerkanton der Universität Basel nicht einmal Stimmrecht im Hochschulrat. Ausser bei der Universität ist Baselland auch Träger bei der Fachhochschule Nordwestschweiz und neu beim Schweizerischen Tropen- und Public-Health-Institut. Der Baselbieter Aufgaben- und Finanzplan enthält für die Jahre 2017 bis 2019 Kosten von je 174 Millionen Franken für die Universität

Basel. 2020 sollen es 25 Millionen weniger werden: noch 149 Millionen. Mit dem 80-Millionen-Deal gaben sich die Regierungen der beiden Basel bis 2019 Zeit, die Strategie der Universität anzupassen. Gleichzeitig wurde vereinbart, dass das Restdefizit der Leistungsperiode 2018–2021 einvernehmlich reduziert wird. Die Universität Basel hat hohe Wachstumsraten hinter sich: 127,5 Millionen Franken leistete der Kanton noch 2007, im ersten Jahr der auf den Landkanton erweiterten Trägerschaft. Würde Baselland die Schweizer Nichthochschulkantone zum Massstab nehmen, müsste er für seine Studierenden nur Kosten von 40 Millionen Franken leisten. Die Nichthochschulkantone profitieren heute von ihrem Abseitsstehen. td

## Kommentar

# Sparpotenzial ist belegt

Von Thomas Dähler

Dass der Kanton Baselland seine enorm hohen Ausgaben für die Hochschulbildung auf ein vernünftiges Mass reduzieren muss, dürfte im Baselbiet längst mehrheitsfähig sein. Die konkreten Vorschläge der FDP Baselland dazu sind entsprechend auch nicht neu. Sie sind inzwischen Teil der aktuellen Diskussion um den nächsten Leistungsauftrag der Universität.

Neu ist jedoch die bei einem Basler Institut bestellte Studie, welche die Möglichkeiten zur Verbesserung der wirtschaftlichen Situation konkret belegt. Die darin evaluierten Zahlen werden insbesondere auch im Kanton Basel-Stadt zur Kenntnis genommen werden müssen. Anders als im Baselbiet wurde in der Stadt bisher kaum Druck auf die Universität ausgeübt, sah man sich doch bis heute nicht genötigt, den Bildungsfranken zweimal umzudrehen. Und Hand aufs Herz: Viele Politikerinnen und Politiker im Kanton Basel-Stadt glaubten irrtümlich, mit dem 80-Millionen-Deal sei die Spardiskussion erledigt.

Auch wenn es sich um eine Auftragsstudie handelt: Die darin aufgezeigten Zahlen weisen eindrücklich nach, dass die Universität Basel sich bisher zu wenig darum bemüht hat, unternehmerisch zu handeln. Die schwarz auf weiss aufgezeigten Spielräume stellen es als realistisch dar, was von anderer Seite auch schon früher gefordert wurde: Die Universität wäre durchaus in der Lage, mit Globalbudgets zu operieren und die Schwerpunkte ihrer Tätigkeit und deren Kosten eigenständig zu optimieren. Die Strukturen sind entsprechend anzupassen. thomas.daeher@baz.ch



## Nachrichten

### Holzschlag auf Kantonsstrasse

**Oberdorf/Liedertswil.** Ab Mitte Januar wird entlang der Kantonsstrasse von Oberdorf nach Liedertswil erneut ein Sicherheitsholzschlag ausgeführt. Die Arbeiten an kranken Bäumen führen laut Waldbehörde vom 16. bis 25. Januar zu Verkehrsbehinderungen. In dieser Zeit wird der Verkehr tagsüber jeweils kurzzeitig gestoppt.

### Auf Schneeglätte ins Schleudern geraten

**Seewen.** Am Samstag kurz vor sieben Uhr war eine Automobilistin auf der schneebedeckten Grellingerstrasse in Seewen unterwegs. In einer leichten Linkskurve kam das Auto der 29-jährigen Frau ins Schleudern und geriet rechts in das ansteigende Bord. Die Lenkerin wurde leicht verletzt. Am Auto entstand laut Polizei Totalschaden.

### Schaden an Freileitung verursacht Stromausfall

**Münchenstein.** Der Grund für den Stromunterbruch vom Freitag befindet sich auf einem Mast der Freileitung Breitenbach–Liesberg. Das teilte der Münchener Stromversorger EBM gestern mit. Kurz vor 20.30 Uhr brach an der Leitung ein Isolator. Als Folge fiel ein Leiterseil auf eine weitere Freileitung, wodurch der zehnmündige Stromausfall ausgelöst wurde. Betroffen waren knapp 8000 Kunden.

# SVP-Landrat lanciert Petition gegen die Schliessung von Polizeiposten

Martin Karrer nimmt Sicherheitsbedenken aus der Bevölkerung auf

Von Helena Krauser

**Liestal.** Der Regierungsrat hat im November seinen definitiven Entscheid gefällt: Sechs der heute 16 Polizeiposten sollen bis Ende 2017 geschlossen werden. Dass die Bevölkerung diesen Entscheid nicht ohne Weiteres akzeptieren möchte, bekam der Pfeffinger Landrat Martin Karrer (SVP) in der Weihnachtszeit zu spüren. Einer der sechs gestrichenen Polizeiposten ist jener in der Nachbargemeinde Aesch. «Viele Leute kamen auf mich zu und baten mich darum, etwas gegen diesen Entscheid zu unternehmen», sagt er.

Die Rückmeldungen aus der Bevölkerung bewegten Karrer dazu, eine Petition zu starten, die den Regierungsrat auffordert, auf seinen Entscheid zurückzukommen und die Schliessung der Polizeiposten wieder aufzuheben. Bisher wurden kantonsweit 300 bis 400 Unterschriften gesammelt. «Es ist wichtig, diese Stimme aus der Bevölkerung ernst zu nehmen», sagt Karrer. «In ganz Europa wird die Polizei ausgebaut. Auch die Bevölkerung bei uns fühlt sich sicherer, wenn sie weiss, dass ein besetzter Polizeiposten in der Nähe ist.»

Ausserdem würden bei der neuen Organisation die bisher ortskundigen Polizisten in verschiedenen Gemeinden eingesetzt, wodurch die spezifischen Ortskenntnisse der Polizisten nicht

mehr zum Tragen kämen. Kein Vertrauen schenkt Karrer den von der Polizei ermittelten Zahlen zu der Kundenfrequenz auf den Polizeiposten. Die Werte seien während der Sommerferien erhoben worden und deshalb nicht repräsentativ. Ausserdem seien in den Schliessungsentscheid nur die Straftaten und nicht weitere Vorfälle wie Verkehrsunfälle und Ruhestörung einbezogen worden, merkt Karrer an.

Zuversicht für den Erfolg der Petition schöpft Karrer aus dem bisherigen Prozess rund um die Reorganisation. «Nachdem für die Posten in Arlesheim und Waldenburg auch nach dem Regierungsentscheid noch Kompromisse vereinbart wurden, entstand der Eindruck eines Bazars. Wer am lautesten schreit, kann seinen Polizeiposten behalten.»

## Polizisten auf die Strasse

Aeschs Gemeindepräsidentin Marianne Hollinger befürwortet die Petition. Sie hinterfragt den Entscheid des Kantons nicht vollends, sieht in der Petition aber die Chance auf eine Optimierung der neuen, gestrafften Organisation. «Die Verteilung der Posten sollte noch einmal überdacht werden. Aesch würde sich als Hauptposten zwischen Birsfelden und Laufen optimal anbieten», findet Marianne Hollinger.

Die Polizei Baselland möchte zur Petition von Martin Karrer keine Stel-

lung nehmen. Sie äussere sich grundsätzlich nicht zu laufenden politischen Geschäften, heisst es auf Anfrage.

Die Streichung der sechs Posten soll rund 20 Prozent mehr Patrouillen auf die Strasse bringen, ohne den Personalbestand zu erhöhen – dies ist das zentrale Ziel der Reorganisation.

Ganz ohne Nebengeräusche ist die Abbauübung bisher nicht über die Bühne gegangen. Als Regierung und Polizeiführung ihre Pläne publik machten, standen die Gemeinderäte von Arlesheim, Aesch, Birsfelden, Bubendorf, Gelterkinden und Waldenburg auf die Hinterbeine. Der heftigste Widerstand kam aus Waldenburg. Einzig in Birsfelden wurde die drohende Schliessung gelassen aufgenommen.

Der Aufschrei zeigte nur wenig Wirkung. Nur Waldenburg wurde als Härtefall anerkannt. Aufgrund der grossen Distanz zum nächsten Posten (in Liestal) und weil es sich um den letzten im Bezirk verbliebenen Posten handelt, beliest die Regierung den Posten in Waldenburg – vorerst.

Arlesheim wird zwar geschlossen, doch werden in diesem Polizeiposten, der ans Bezirksgefängnis angebaut ist, neu Sicherheitsassistenten einquartiert. In den weiteren Gemeinden sorgte der Schliessungsbeschluss des Regierungsrats für keine nennenswerten Reaktionen. Bisher.

## 54 wollen in Kantonsrat

Elf der 13 Bisherigen stellen sich Wiederwahl

**Breitenbach/Dornach.** Für die Erneuerungswahlen in den Solothurner Kantonsrat vom 12. März bewerben sich in der Amtei Dorneck-Thierstein sechs Parteien. Sie portieren für die 13 zu vergebenden Sitze 54 Kandidaten. Nur 16 davon oder 30 Prozent sind Frauen. Besonders die FDP, die wie die SVP eine volle Liste präsentiert, enttäuscht in dieser Hinsicht. Mit der Nunninger Studentin Sarah Stebler hat es nur eine Frau auf die Liste geschafft. Die SVP dagegen portiert immerhin vier Kandidatinnen. Gleich viele sind es bei der CVP, die nur neun Kandidaten zur Wahl vorschlägt.

Lediglich Fabio Jeger (CVP) sowie Rudolf Hafner (Grünliberale) treten nicht mehr zur Wahl an. In der zu Ende gehenden Legislaturperiode war die FDP mit vier Vertretern stärkste politische Kraft im Schwarzbubenland, gefolgt von der CVP mit drei. SVP und SP kamen auf je zwei Sitze, die Grünen und Grünliberalen auf je einen.

Bei den Regierungsratswahlen im Kanton Solothurn kämpfen acht Kandidaten um die fünf Sitze. GLP, Grüne und SVP wollen neu in die Regierung einziehen. Peter Gomm (SP) und Esther Gasser (FDP) haben ihren Rücktritt erklärt. Ein zweiter Wahlgang scheint deshalb so gut wie sicher. Aus dem Schwarzbubenland tritt Bildungs- und Kulturdirektor Remo Ankli (FDP, Beinwil) für eine zweite Legislaturperiode an. kt